

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 24.11.2011

Tagungsort: Begegnungszentrum Pellahöhe
An der Rehwiese 21
33617 Bielefeld

Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 17:24 Uhr – 17:30 Uhr, 20:10 Uhr – 20:50 Uhr
Ende: 22:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Kögler (CDU)

CDU

Frau Bacso
Herr Weigert

Anwesend ab 17:29 Uhr, TOP 3

SPD

Herr Baum
Herr Heimbeck
Frau Schneider

Anwesend ab 17:22 Uhr, TOP 3

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert
Frau Flegel-Hoffmann
Frau Herting
Frau Pfaff

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Die Linke

Frau Thiel-Youssef

Anwesend bis 20:50 Uhr, TOP 11

Entschuldigt fehlen:

Frau Wehmeyer
Herr Lichtenberg

Externe Berichterstatter/ von der Verwaltung:

Herr Bockermann, Sportamt
Herr Fleer, Gemeinnützige Baugenossenschaft Brackwede
Herr Frank, Umweltamt
Herr Groß, Bauamt
Frau Hoffjann, Umweltbetrieb

Frau Hoheisel, Amt für Verkehr
Frau Klemp, Sportamt
Herr Lompa, Planungsbüro Drees & Huesmann
Frau Tacke-Romanowski, Bauamt
Herr Taudien, Planungsgesellschaft NWP
Herr Wecker, Umweltbetrieb

Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede
Herr Ellermann, Bezirksamt Brackwede
Frau Moritz, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Kögler begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

1. Dank an das Begegnungszentrum „Pellahöhe“

Herr Kögler bedankt sich im Namen der Bezirksvertretung Gadderbaum bei der Leiterin des Begegnungszentrums „Pellahöhe“, Frau Domke, dafür, dass die Bezirksvertretung ihre heutige letzte Sitzung im Jahr 2011 traditionsgemäß wieder in den Räumlichkeiten der „Pellahöhe“ abhalten könne. Er überreicht kleine Präsente als Zeichen der Aufmerksamkeit für die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Frau Domke heißt die Bezirksvertretung daraufhin willkommen und berichtet über das vergangene Jahr 2011. Sie macht insbesondere deutlich, dass der Erhalt der „Pellahöhe“ durch das Engagement der Bewohner/innen, Besucher/innen und ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter/innen vorerst gesichert sei und bedankt sich auf diesem Wege nochmals außerordentlich für die Kulturmittel i. H. v. 1.000,00 Euro, die das Begegnungszentrum von der Bezirksvertretung erhalten habe.

2. Änderung der Tagesordnung

Herr Kögler weist darauf hin, dass zu einigen Tagesordnungspunkten Berichterstatterinnen und Berichterstatter eingeladen seien, die teilweise heute in mehreren Gremien zu berichten hätten und termingebunden seien. Daraufhin fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Tagesordnungspunkte werden vorgezogen, sobald die Berichterstatterin bzw. der Berichterstatter anwesend ist.

-einstimmig beschlossen-

...-

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

Zu Punkt 1.1 **Antwort auf eine Frage aus der Sitzung vom 20.10.2011**

In der Sitzung vom 20.10.2011 hat Herr Hans-Dieter Hokamp, Langenhagen 69, die Frage gestellt, ob

1. im Winter eine Einbahnstraßenregelung für Straßenabschnitte

- des Langenhagens möglich sei oder
2. welche sonstigen Regelungen zur Verbesserung des Winterdienstes im „Langenhagen“ für den kommenden Winter von der Stadt Bielefeld getroffen würden.

Herr Kögler verweist auf seine schriftliche Antwort an Herrn Hokamp vom 21.11.2011, die den Mitgliedern der Bezirksvertretung in Kopie vorliegt:

Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld habe darüber informiert, dass der Winterdienst auf Fahrbahnen bei Schnee und/oder Glätte in vier Dringlichkeitsstufen gegliedert sei. Die Straße „Langenhagen“ werde bereits mit höchster Priorität bedient (Räum- und Streustufe 1).

Im Falle von großen Schneemengen sei es nicht zu verhindern, dass Parkstreifen durch den Winterdienst zugeschoben würden.

Das Amt für Verkehr habe geantwortet, dass der Winter als solcher im Allgemeinen widrige Witterungs- und Straßenverhältnisse mit sich bringe, auf die sich alle Verkehrsteilnehmer und Grundstückseigentümer einstellen müssten. Den Straßenverhältnissen angepasste Fahrweise und gegenseitige Rücksichtnahme sei gerade im Winter unerlässlich und sollte auch hier ausreichen, um die wenigen Wochen mit Schnee zu überbrücken.

Darüber hinaus erfordere die Einrichtung von Einbahnstraßen immer eine gewisse Eingewöhnungsphase der in diesem Bereich überwiegend ortskundigen Verkehrsteilnehmer, bis sie tatsächlich in vollem Umfang angenommen werde und bedürfe anfangs einer intensiven Überwachung durch die Polizei. Die Verbesserung der Verkehrssituation würde daher erst nach einigen Tagen eintreten. Die Phasen mit akutem Schneefall seien in Bielefeld jedoch in der Regel auf wenige Tage beschränkt.

Eine verstärkte Überwachung der vorhandenen Halt- und Parkverbote in diesem Zeitraum würde kurzfristig mehr zu einer Linderung der eventuell bei Schneefall entstehenden Probleme beitragen.

Letztendlich handele es sich bei Verkehrsregelungen jedoch immer um Einzelfallentscheidungen, bei denen anhand der tatsächlichen Gegebenheiten beurteilt werden müsse, ob eine besondere Gefahrenlage (z.B. durch die Hanglage der Straße) bestehe, die eine Verkehrsregelung zwingend erforderlich mache.

Es sei daher nicht möglich, grundsätzlich im Winter eine Einbahnstraßenregelung in der Straße Langenhagen präventiv einzurichten. Eine Bewertung könne nur in der konkreten Situation erfolgen.

-Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis-

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Fragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 20.10.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 20.10.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 3 **Modernisierung des Sportparks Gadderbaum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3321/2009-2014

Herr Wecker, Umweltbetrieb, erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung an Hand des ausgeteilten Planes (s. Anlage I) und geht zusammen mit Herrn Bockermann, Sportamt, auf Fragen der Bezirksvertretung ein.

Frau Pfaff bemängelt, dass der Sportpark Gadderbaum als geschlossene Anlage geplant werde. Herr Wecker begründet dies u. a. mit den in näherer Umgebung frei lebenden Kleintieren. Der Sportpark habe eine umlaufende Barriere, diese müsse „kaninchendicht“ seien. Außerdem plane die Stadt Bielefeld Kunststoffrasen-Sportplätze immer als geschlossene Anlagen.

Herr Witte und Herr Heimbeck erkundigen sich näher nach der Finanzierung und der vorgesehenen Verteilung der Kosten. Herr Bockermann verweist diesbezüglich auf weitere Gespräche, die mit den zukünftigen Nutzern vereinbart seien.

(Sitzungsunterbrechung von 17:24 Uhr – 17:30 Uhr: Herr Haake, Vorsitzender des SV Gadderbaum 08 e. V., macht hier nochmals deutlich, dass bezüglich eines Finanzierungsmodells noch kein Einvernehmen erzielt worden sei.)

Die Bezirksvertretung erklärt sich mit der Informationsvorlage einverstanden, unter der Voraussetzung, dass über die zu erbringenden Eigenleistungen der zukünftigen Nutzer weiter diskutiert und eine für alle Beteiligten einvernehmliche Lösung gefunden werde.

-Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis-

-.-.-

Zu Punkt 4

Die gemeinnützige Baugenossenschaft Brackwede als neue Grundstückseigentümerin von Gebäuden im Bereich "Schöne Aussicht/Am Großen Feld" stellt sich vor

Herr Fleer, geschäftsführender Vorstand der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Brackwede e.G. (gbb), stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die zukünftigen Pläne der ggb für den Bereich „Schöne Aussicht / Großes Feld“ vor.

Im September habe die gbb fünf Häuser aus dem ehemaligen Oetker-Bestand erworben und werde diese in den nächsten zwei Jahren umfassend energetisch modernisieren. Geplant seien ca. 50 Appartements im Gebäude „Schöne Aussicht 2“ und im Weiteren 3-Zimmer-Wohnungen mit Küche, Bad und teilweise neuen Balkonen. Eine anvisierte Zielgruppe gebe es zwar nicht, die Wohnungen würden sich jedoch vor allen Dingen für Paare und junge Familien eignen.

Herr Heimbeck erkundigt sich in der anschließenden Diskussion, ob die gbb plane, das Gebäude „Schöne Aussicht 2“ abzureißen und wieder neu aufzubauen.

Herr Fleer verneint dies, da die ursprüngliche Bausubstanz noch gut genug sei. Es werde lediglich der Grundriss verändert.

Auf Nachfrage von Frau Bacso grenzt Herr Fleer das Zeitfenster für die geplante Modernisierung und Fertigstellung der Gebäude auf ca. zwei Jahre (bis Mitte 2014) ein.

Frau Pfaff macht deutlich, dass die zukünftige Parkplatzsituation dort sehr schwierig werden könne und bittet darum, Bäume –soweit möglich– zu erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 5

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/GA 9.1 "Kernbereich Bethel" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB für einen Bereich zwischen dem Quellenhofweg, Hoffnungstaler Weg, Königsweg, Nazarethweg, Handwerkerstraße, Saronweg und dem Maraweg. - Stadtbezirk Gadderbaum - **Aufstellungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3234/2009-2014

Herr Taudien, Planungsgesellschaft NWP, erläutert die Beschlussvorlage mittels einer Powerpointpräsentation. In der anschließenden Diskussion beantworten Herr Taudien und Frau Tacke-Romanowski, Bauamt,

Fragen aus der Mitte der Bezirksvertretung zur Vorlage.

Herr Witte erkundigt sich nach geplanten Vergnügungsstätten, da ihm die Vorlage in diesem Punkt keine genaue Antwort geben könne.

Herr Taudien erklärt, dass diese ausdrücklich nicht erlaubt seien.

Herr Witte merkt zum ruhenden Verkehr an, dass die in der Vorlage (S. 27) erwähnte Tiefgarage unter dem Bethelplatz zwischenzeitlich vom Immobilienmanagement Bethel für den öffentlichen (Besucher-)Verkehr geschlossen worden sei. Er fragt außerdem, wie man sich das „Wohnen im Park“ genauer vorstellen könne.

Frau Tacke-Romanowski erklärt, dass dort zweigeschossige Wohngebäude mit Flachdach geplant seien, die sich durch eine „moderne“ Formensprache von der übrigen Bebauung absetzen würden. Durch das vollkommen andere Erscheinungsbild solle ein junges, aufgeschlossenes Publikum angesprochen werden.

Auch Frau Pfaff erkundigt sich näher nach dem „Wohnen im Park“ und möchte insbesondere wissen, ob es möglich sei, dort eine eigene Terrasse oder einen kleinen Garten anzulegen.

Frau Tacke-Romanowski geht daraufhin nochmals näher auf das Klientel ein, welches mit dieser Wohnform angesprochen werden solle: Menschen, die zwar gerne im Grünen leben würden, aber keine Zeit und/oder kein großes Interesse daran hätten, ihren Garten aufwändig zu gestalten und zu pflegen. Eventuell wäre eine eingezogene Terrasse mit kleinem Garten möglich, die Kubus-Form der Gebäude solle dabei aber bewahrt bleiben.

Herr Brunnert fragt nach, warum der Karl-Schnitger-Weg direkt an den Nazarethweg angebunden und als Einbahnstraße bis zur Handwerkerstraße verlängert werden solle.

Frau Tacke-Romanowski begründet dies mit dem Wunsch der v. Bodelschwingschen Stiftungen, Haus „Bethabara“ (Handwerkerstr. 8), welches Menschen mit mehrfachen schweren Behinderungen stationär unterstütze, von allen Seiten befahrbar zu machen. Des Weiteren sei die derzeitige Erschließungssituation durch Sackgassen und Einbahnstraßen geprägt, die eine einfache Orientierung erschweren würden. Die neue Straßenführung solle entweder eindeutig der Talrichtung (auf einer Höhenlinie) folgen oder aber das Tal queren.

Herr Brunnert äußert sich kritisch über die unter Punkt 11.1.1 genannte Vorgabe, dass innerhalb der als WA (2) ausgewiesenen Baugebiete (Wohnen im Park) nur Flachdächer zulässig seien. Man könne dies potenziellen Eigentümern nicht vorschreiben, es müsse wenigstens ein gewisser Spielraum vorhanden sein. Auch im Hinblick auf die effektive Nutzung von Solaranlagen sei eine minimale Dachneigung sinnvoll. Daraufhin stellt er folgenden

Änderungsantrag (Bündnis 90/Die Grünen):

Der Beschlusstext ist um folgende Ziffer zu erweitern:

6. Innerhalb der als WA (2) ausgewiesenen Baugebiete sind nur Flachdächer oder Dächer mit einer Dachneigung von maximal 15° zulässig.

-bei zwei Gegenstimmen beschlossen-
Sodann fasst die Bezirksvertretung folgenden, vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichenden,

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/GA 9.1 „Kernbereich Bethel“ für einen Bereich zwischen dem Quellenhofweg, Hoffnungstaler Weg, Königweg, Nazarethweg, Handwerkerstraße, Saronweg und Maraweg ist gemäß § 2 (1) BauGB neu aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Nutzungsplan eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.
2. Die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/GA 9.1 „Kernbereich Bethel“ dient der Mobilisierung und Anpassung von Flächen im Innenbereich und erfolgt als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13 a BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“).
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a Abs. 3 BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB erfolgt einschließlich der wesentlichen Gründe hierfür und wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung informieren kann.
4. Der vorliegende Vorentwurf zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes III/GA 9.1 „Kernbereich Bethel“ soll der weiteren Bearbeitung zu Grunde gelegt werden.
5. Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden.
6. Innerhalb der als WA (2) ausgewiesenen Baugebiete sind nur Flachdächer oder Dächer mit einer Dachneigung von maximal 15° zulässig.

-bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 6

Mitteilungen

1. Mit der Einladung versandte Schriftstücke

- Immobilienmanagement Bethel: „Änderung der Nutzung des Parkhauses Bethelplatz“ vom 20.09.2011
- Umweltbetrieb Grünunterhaltung: „Vorschlag Standort Sandbagger“ vom 10.11.2011
- Verein Freunde des Botanischen Gartens Bielefeld e. V.: „Vorbereitung des Jubiläums und Unterstützung der vorbereitenden Ausstattung“ vom 14.11.2011
- Förderverein Martinschule Bielefeld e. V.: „Beantragung von Fördermitteln aus der Haushaltsposition Sondermittel für das Jahr 2011“ vom 12.11.2011
- Freibad Gadderbaum e. V.: „Antrag auf bezirkliche Sondermittel 2011 für das Freibad Gadderbaum“ vom 15.11.2011

2. Tischvorlagen:

- Schreiben an Herrn Hans-Dieter Hokamp vom 21.11.2011: „Einbahnstraßenregelung / Winterdienst in der Straße Langenhagen“
- Schreiben des Amtes für Verkehr vom 17.11.2011: „Beleuchtung in den Straßen Kneippweg und Virchowstraße (mündliche Anfrage von Herrn Witte, BfB)“
- Einladung des Stadtbezirkes Brackwede: „Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe“
- Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld: „Programm 2012- Das Jahr des 100jährigen Botanischen Gartens Bielefeld“
- Bezirksvertretung Gadderbaum & v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel: „Programm Gadderbaumer Weihnachtsmarkt 2012“
- Brackweder Anzeiger, Nr. 12/2011

3. Gadderbaumer Weihnachtsmarkt

Herr Ellermann informiert, dass der diesjährige, von Herrn Bezirksbürgermeister Kögler organisierte Gadderbaumer Weihnachtsmarkt auf dem Bethelplatz vom 02.12.-04.12.2011 (2. Adventswochenende) stattfindet. Das Programm liegt in den Gadderbaumer Geschäften aus.

4. Beschilderung zum Botanischen Garten

Herr Ellermann teilt mit, dass auf Anregung von Herrn Brunnert die Fußgängerwegweisung zum Botanischen Garten überprüft worden sei. Die Fachverwaltung werde in einer der nächsten Sitzungen eine entsprechende Vorlage vorstellen.

5. Demontierte Beleuchtung zwischen den Straßen Am Botanischen Garten und Geibelstraße

Herr Ellermann verliest dazu das Schreiben des Amtes für Verkehr vom 08.11.2011 an Herrn Reinhard Miermeister, Goethestr. 18:

„Nachdem die Leuchten seit gut einem Jahr abgebaut sind, sind Sie der

Dritte, der mündlich oder schriftlich für die Beleuchtung des Pfades wirbt. Die von Ihnen angesprochenen Leuchten wurden wahrscheinlich vor langer Zeit installiert, als die Wege noch als Verbindung zur Georgenkirche genutzt wurden. Seit einigen Jahren ist dieses Ziel nicht mehr vorhanden. Im August des letzten Jahres 2010 entdeckten wir die Leuchte in Verlängerung des Weges am Haus Goethestraße Nr. 21, die offensichtlich seit langem ihren Zweck nicht mehr erfüllen konnte, da sie völlig zugewachsen war. Gleichzeitig musste in den letzten Jahren die Zahl der Nutzer dieses Pfades sehr gering geworden sein, da der Weg durch die angrenzenden Gehölze immer mehr zugewachsen und damit sehr schmal geworden ist. Z. Zt. hat er im Bereich der Garage noch eine nutzbare Breite von etwa einem Meter.

Nach Rücksprache und in Abstimmung mit Herrn Bezirksbürgermeister Kögler wurden die drei Leuchten, die in diesem Waldpfad standen, im Oktober 2010 abgebaut.

Mit dem Austausch von vorhandenen Pilz-Opalglasleuchten gegen Leuchten in LED-Technik in Wohn- und Anliegerstraßen ist erst im August 2011 begonnen worden. Die Ausleuchtung des von Ihnen genannten Pfades ist nicht vorgesehen. Auf Grund der fehlenden sozialen Kontrolle ist der Pfad nicht im Schulwegplan der Stadt Bielefeld enthalten. Für die Kinder ist die Straße Johannistal in Richtung der Schulen ausgewiesen. Am heutigen Tage wurde von Herrn Kögler zwischen 07:10 Uhr und 07:45 Uhr (vor Beginn der ersten Schulstunde) die Nutzung des Waldweges durch Schulkinder beobachtet. Er konnte ein Kind zählen. Weiterhin kann aus Gründen der Verkehrssicherheit der bei Nässe äußerst rutschige Pfad nicht als offizielle Fußwegverbindung zum Marktkauf und anderen Geschäften empfohlen werden.

Auf Bielefelder Stadtgebiet sind ca. 31.000 Stück Leuchten installiert. Jede Leuchte verursacht neben den Anschaffungskosten regelmäßige Kosten für Energie und laufende Instandhaltung, zudem befindet sich die Stadt im Nothaushalt. Da es noch viele unbeleuchtete Straßen als auch Fußwege gibt, die sicherlich häufiger als der genannte Pfad genutzt werden, sollten die verbliebenen, geringen Mittel für diese Strecken genutzt werden.“

-.-.-

Zu Punkt 7 Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

Zu Punkt 7.1 Beleuchtung in den Straßen Kneippweg und Virchowstraße (Mündliche Anfrage der BfB vom 20.10.2011)

Herr Ellermann verliest die Stellungnahme des Amtes für Verkehr zur mündlichen Anfrage der BfB vom 20.10.2011:

„Auf Grund von technischen Problemen konnten die Ergänzungsarbeiten zur Schaltung der vollen Leistung von 21 Watt (vier LED-Riegel) in den neuen Leuchten für das Gebiet Haller Weg / Langenhagen von der Stadtwerke Bielefeld GmbH als Dienstleister für die öffentliche

Straßenbeleuchtung erst in der 46. Kalenderwoche 2011 abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf die Formulierung "diffuses Licht" in der mündlichen Begründung der Anfrage möchten wir folgendes ergänzen:

Die LED-Leuchten stehen für ein neues Beleuchtungskonzept in den Wohn- und Anliegerstraßen in Bielefeld. Das Licht wird gezielt auf die Gehwegflächen und die Fahrbahn einer Straße gelenkt. Vorgärten und Hausfassaden sollen in einem bedeutend geringeren Umfang als bisher von der öffentlichen Straßenbeleuchtung erhellt werden.

In Bielefeld sollen in diesem Jahr ca. 6.000 Stück alte Pilz-Opalglasleuchten in Wohn- und Anliegerstraßen gegen neue Leuchten in LED-Technik ausgetauscht werden. Hierdurch wird sich der Energiebedarf und der Ausstoß an CO₂-Emissionen bedeutsam verringern (s. auch Internetauftritt Stadt Bielefeld, unter Suchbegriff bitte -LED-Leuchten- eingeben). Gleichzeitig verbessert sich hierdurch auch deutlich die Beleuchtungsstärke auf den Straßenflächen (Gehweg und Fahrbahn), wenn ein Leuchtenabstand von ca. 35 Metern vorhanden ist, und die Gesamtbreite der Straße von etwa 12 Metern nicht überschritten wird.

Ist dies nicht der Fall, ergaben sich auch mit den alten Pilzleuchten unerwünschte, mehr oder weniger große Dunkelzonen.

Bereits bei Schaltung der halben Leistung von 11 Watt (zwei LED-Riegel), wie sie bisher in der Virchowstraße anzutreffen war, zeichnen sich die LED-Leuchten mit bedeutend besseren Werten in der Beleuchtungsstärke (gemessen in Lux) gegenüber den herkömmlichen Pilz-Opalglasleuchten aus. Die minimale Beleuchtungsstärke in einem rechtwinkligen Abstand von 17 zu 8 Metern vom Mast beträgt 0,2 Lux bei der LED-Leuchte gegenüber 0,1 Lux bei der Pilz-Opalglas-Leuchte. Bei der mittleren Beleuchtungsstärke gemessen über 27 Messpunkte auf einem Rechteck von 35 mal 8 Metern ergibt sich ein Wert von 1,6 Lux bei der LED-Leuchte gegenüber 0,2 Lux bei der Pilz-Opalglasleuchte. Bei der maximalen Beleuchtungsstärke gemessen in Mastnähe ergeben sich Werte von 10,2 Lux bei der LED-Leuchte gegenüber 1,3 Lux bei der Pilz-Opalglasleuchte.

Auf Grund dieser deutlichen Verbesserung und dem weiterhin zu erwartenden noch stärkeren Zwang, Energiekosten einsparen zu müssen, ohne Leuchten komplett auszuschalten, wird es zu diskutieren sein, ob zukünftig in Straßen vergleichbar der Virchowstraße auf die Volllastschaltung mit 21 Watt verzichtet werden kann.“

Herr Witte merkt daraufhin an, dass zwischen den einzelnen Leuchten der subjektive Eindruck eines „dunklen Loches“ entstehe, da der Gehweg und die Straße –im Gegensatz zu den alten Pilz-Opalglas-Leuchten- nicht mehr komplett ausgeleuchtet werde.

-Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis-

-.-.-

Zu Punkt 7.2

Nutzung des Wohnmobil-Stellplatzes am Johannisberg
(Mündliche Anfrage der BfB)

Mündliche Anfrage von Herrn Witte (BfB):

Wie häufig ist der Wohnmobil-Stellplatz am Johannisberg im Jahr 2011 genutzt worden?

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

**Zu Punkt 7.3 Schließungsabsichten der Griechischen Schule (Ramaweg 6)
(Mündliche Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen)**

Mündliche Anfrage von Herrn Brunnert (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen):

Sind der Verwaltung Schließungsabsichten der Griechischen Schule (Ramaweg 6) bekannt?

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Zu Punkt 8 Anträge

**Zu Punkt 8.1 Lärmschutz auf dem Ostwestfalendamm
(Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2011)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3303/2009-2014

Herr Kögler verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Heimbeck begründet den Antrag und geht dabei insbesondere auf die Lärmimmissionen ein, die vom Verkehr auf dem Ostwestfalendamm ausgingen.

Herr Brunnert macht deutlich, dass er den Antrag unterstütze. Nicht klar sei ihm allerdings, wie sich das Bremsverhalten von Fahrzeugen verändere, wenn unterschiedliche Arten von Asphalt auf dem Ostwestfalendamm vorzufinden seien. Er spricht sich für eine großflächige Erneuerung aus.

Frau Bacso bekräftigt den Vorschlag von Herrn Brunnert.

Herr Spilker merkt an, dass die Geräusentwicklung bei unterschiedlichen Asphaltarten zunehmen bzw. unangenehmer werden könne. Zur Zeit sei der Verkehr als monotones „Rauschen“ wahrzunehmen, evtl. würden bei der Verwendung von altem Asphalt und

neuerem lärmarmen Asphalt ungewünschte Immissionen entstehen.

Herr Heimbeck macht nochmals deutlich, dass nur größere Flächen Asphalt ausgetauscht werden sollen, und nicht bei jeder kleinen Reparatur lärmarmen Asphalt eingebaut werden müsse.

Herr Witte erkundigt sich nach dem genauen Abschnitt auf dem Ostwestfalendamm, der dem Stadtbezirk Gadderbaum zuzuordnen sei. Ohne das Wissen über die exakte Fläche, über die beschlossen werden solle, könne er dem Antrag nicht zustimmen. Außerdem möchte er detaillierte Informationen, in welchen Bereichen die Stadt Bielefeld Straßenbaulastträger und in welchen Bereichen das Land NRW Straßenbaulastträger sei.

Da sich die Mehrheit der Mitglieder, unabhängig von der genauen Fläche für einen geplanten Einbau, über den Nutzen von lärmarmen Asphalt einig ist, fasst die Bezirksvertretung nachfolgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. Bei jeder Baumaßnahme auf dem Ostwestfalendamm, bei der die Fahrbahndecke repariert oder erneuert werden muss, ist mindestens innerhalb der Grenzen des Stadtbezirks Gadderbaum lärmarmen Asphalt einzubauen, sofern die Stadt Bielefeld Straßenbaulastträger ist.

2. Die Fachverwaltung wird aufgefordert, das Land NRW um eine entsprechende Verfahrensweise für die Straßenabschnitte des Ostwestfalendamms zu bitten, für die das Land NRW Straßenbaulastträger ist.

-bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 9

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ Ga 1.1 "Ellerbrocks Feld" Teilplan 1 für eine Teilfläche des Gebietes südlich Ellerbrocks Feld, nördlich Hortweg/ Schöne Aussicht im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
- Stadtbezirk Gadderbaum -

Beschluss über Anregungen
Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3273/2009-2014

Herr Groß, Bauamt, und Herr Lompa, Planungsbüro Drees & Huesmann, erläutern die Beschlussvorlage mittels einer Powerpointpräsentation und

beantworten anschließend Fragen aus der Mitte der Bezirksvertretung.

Herr Groß geht insbesondere auf eine Stellungnahme aus der Beteiligung der Öffentlichkeit ein. Frau Schmidt, neue Grundstückeigentümerin des Flurstückes 1314, habe angeregt, auf die Festsetzung des zu erhaltenden Baumes im Südosten des Plangebietes zu verzichten, da der Erhalt des Baumes eine wirtschaftliche Ausnutzbarkeit des betreffenden Baugrundstückes erheblich einschränke. Die Verwaltung schlage deshalb vor, auf die Festsetzung des Baumes zu verzichten. Es solle aber Ersatz nördlich des Baugrundstückes innerhalb der öffentlichen Grünfläche geschaffen werden. Geplant sei eine Stieleiche (*quercus robur*) in der Qualität Hochstamm, 3 x verpflanzt, aus extra weitem Stand, mit Drahtballierung und einem Stammumfang von 18-20 cm. Die Kosten seien von dem Projektträger, hier die GAGFAH GROUP, zu übernehmen. Die Verwaltung habe der Stellungnahme stattgegeben.

Des Weiteren führt Herr Groß noch an, dass die Stadtwerke Bielefeld empfohlen hätten, die Raumwärmeversorgung durch ein Nahwärmekonzept (Mikro-BHKW) sicherzustellen. Auch dieser Anregung habe die Verwaltung stattgegeben.

In der darauf folgenden Diskussion äußert sich Herr Brunnert kritisch über den Umfang der geplanten Ersatzpflanzung für den bestehenden Baum auf Flurstück 1314. Er könne der Beschlussvorlage der Verwaltung nur zustimmen, wenn mehrere oder auch größere Bäume gepflanzt würden. Er zeigt ein aktuelles Foto der besagten Eiche, um zu verdeutlichen, dass der Baum sehr groß gewachsen und der Baumumfang recht imposant sei.

Auch Frau Pfaff macht deutlich, dass sie der Beschlussvorlage nur zustimmen könne, wenn zumindest mehrere Bäume als Ersatz gepflanzt werden.

Herr Groß erwidert daraufhin, dass die Ersatzpflanzung vom Umweltamt empfohlen worden sei. Eigentlich solle die Grünfläche, auf der die Ersatzpflanzung geplant sei, komplett frei gehalten werden, um die Sichtachse zur Sparrenburg offen zu halten. Zudem sei die Anpflanzung von größeren Bäumen sehr aufwändig und auch wesentlich teurer.

Herr Spilker erinnert an die eigentliche Intention der Bezirksvertretung, ein interessantes Baugebiet zu erschließen und das Wohnen dort für die neuen Eigentümer attraktiv zu gestalten. Dazu gehöre auch, den Baum nicht zum Erhalt festzusetzen.

Herr Brunnert erwidert, dass der Wohnwert des neuen Baugebietes durch eine attraktive Bepflanzung (z. B. mit Bäumen) erhöht werden würde, jedenfalls mehr als durch das Anlegen von reinen Grünflächen. Dass die Sichtachse zur Sparrenburg durch das Anpflanzen von Bäumen blockiert werden könne, sei nicht nachvollziehbar. Er könne der Vorlage nicht zustimmen, weil die Ersatzpflanzung nicht angemessen sei.

Herr Heimbeck stellt daraufhin fest, dass die Angemessenheit der Anpflanzung durch Experten des jeweiligen Fachamtes bestimmt werden müsse. Die Eiche könne auf keinen Fall erhalten bleiben.

Herr Witte bestätigt dies und fügt an, dass die Angemessenheit einer Ersatzpflanzung nicht nach subjektiven Maßstäben zu bestimmen sei.

Im weiteren Verlauf der Diskussion macht Herr Frank, Umweltamt, nochmals deutlich, dass die Verpflanzung einer älteren bzw. größeren Eiche sehr schwierig sei. Außerdem steige das Risiko, dass der Baum nicht richtig angehe. Die Verpflanzung von anderen Baumarten würde er nicht empfehlen.

Auf Nachfrage von Herrn Kögler fügt Herr Groß noch abschließend hinzu, dass das Zeitfenster für eine Bebauung auf ca. 10 Jahre festgesetzt werden solle.

Herr Kögler erklärt, dass er sich bei der anschließenden Abstimmung enthalten werde.

Die Bezirksvertretung fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden gemäß Vorlage Anlage A 1 zur Kenntnis genommen.
2. Den Stellungnahmen
 - a. der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 1)
 - b. der Stadtwerke Bielefeld (Ifd. Nr. 2)wird gemäß Vorlage Anlage A 2 stattgegeben.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen der textlichen Festsetzungen und der Begründung werden gemäß Vorlage beschlossen.
4. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Ga 1.1 „Ellerbrocks Feld“ Teilplan 1 wird mit Text und Begründung als SATZUNG nach § 10 (1) BauGB beschlossen.
5. Der Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Ga 1.1 „Ellerbrocks Feld“ Teilplan 1 ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

-bei 3 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen beschlossen-

Zu Punkt 10

Festlegung des Ausbaustandards für die Planstraßen im Erschließungsgebiet, "Ellerbrocks Feld" Teilplan 1

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3307/2009-2014

Frau Hoheisel, Amt für Verkehr, erläutert die Beschlussvorlage mittels einer Powerpointpräsentation.

Herr Brunnert merkt kritisch an, dass die Planstraße 1 direkt durch bestehenden Baumbestand durchführe. Dieser müsse dann der Planstraße weichen. Da bereits in Parzelle 1314 ein hoch gewachsener Baum gefällt werden müsse, könne er nicht nachvollziehen, warum die Straßenführung keinerlei Rücksicht auf die dort stehenden Bäume nehmen würde.

Herr Heimbeck kann die Meinung seines Vorredners nachvollziehen und fügt ergänzend an, dass an die Planstraße bereits Grundstücke angrenzen würden. Eine Verschwenkung erscheine somit nicht möglich.

Die Bezirksvertretung fasst unabhängig davon anschließend folgenden

Beschluss:

- a) **Dem Ausbau der Planstraße 1 von der Straße Am großen Feld als Stichstraße entsprechend dem beigefügten Querschnitt wird zugestimmt. (Anlage 1 der Vorlage)**
- b) **Dem Ausbau der Planstraße 2 vom Ende der Planstraße 1 in östlicher und westlicher Richtung bis zu den vorhandenen Wegeverbindungen entsprechend dem beigefügten Querschnitt wird zugestimmt. (Anlage 1 der Vorlage)**
- c) **Dem Ausbau der Planstraßen 3 vom Ende der Straße Ellerbrocks Feld als Ringstraße entsprechend dem beigefügten Querschnitt wird zugestimmt. (Anlage 1 der Vorlage)**
- d) **Dem Ausbau des Wendehammers am Ende der Straße Hortweg und der Parkplätze entsprechend dem Plan wird zugestimmt. (Anlage 2 der Vorlage)**
- e) **Dem Ausbau der Fuß-Radwege 1-3 entsprechend dem beigefügten Querschnitt wird zugestimmt. (Anlage 1 der Vorlage)**
- f) **Der Anlage der Straßenbeleuchtung im Zuge des Straßenbaus in Form von Pilzleuchten - Lichtpunkthöhe ca. 4,00m - wird zugestimmt.**
- g) **Die bestehende Beleuchtung des Fuß-Radwegs 2 wird angepasst.**

-einstimmig bei 4 Enthaltungen beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 11

**Johannisberg - Entwurfsplanung zur Umsetzung des
Parkpflegewerkes II für den Winzer'schen Garten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3297/2009-2014

Frau Hoffjann, Umweltbetrieb, und Herr Frank, Umweltamt, erläutern die Beschlussvorlage.

Herr Frank, Herr Heimbeck und Herr Spilker stimmen darin überein, dass sowohl die Aussicht von der Sparrenburg auf den Winzer'schen Garten, als auch der umgekehrte Blick dorthin, sehr reizvoll sei. Die Parkanlage könne sich durchaus zu einem touristisch wertvollen Anziehungspunkt entwickeln.

Herr Frank berichtet weiterhin, dass die Anwohner der angrenzenden Straße das soziale Projekt der Drogenberatung befürworten und unterstützen würden.

Die Bezirksvertretung fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

- 1. Der Entwurfsplanung für den Winzer'schen Garten und der Umsetzung nach Maßgabe vorhandener Haushaltsmittel wird zugestimmt.**
- 2. Die gärtnerische Nutzung und Unterhaltung der Gemüse-/ Blumengarten- und Weinbergflächen erfolgt in Kooperation mit sozialen Projekten.**

- einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 12

Verwendung der restlichen bezirklichen Mittel für Spiel- und Bolzplätze und sonstige öff. Anlagen in 2011 -Konkretisierter Vorschlag des Umweltbetriebes-

Herr Kögler verweist auf den konkretisierten Vorschlag des Umweltbetriebes vom 10.11.2011. Dieser sei bereits mit der Einladung zur heutigen Sitzung versandt worden.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum ist mit dem vom Umweltbetrieb vorgeschlagenen Aufstellungsort für den Sandbagger auf dem Kinderspielplatz in die Sandspielfläche oberhalb des Teiches im Sportpark Gadderbaum einverstanden.

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 13

Entscheidung über die Verwendung der restlichen bezirklichen Sondermittel auf Grundlage entsprechend

eingereichter Anträge

Frau Pfaff erklärt sich -in ihrer Funktion als Vorsitzende des Freibad Gadderbaum e. V.- für befangen und nimmt in dem für Zuhörerinnen und Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes Platz. Sie nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Kögler verweist auf die mit der Einladung zur heutigen Sitzung versandten Anträge auf Sondermittel von dem Verein Freunde des Botanischen Gartens Bielefeld e. V., dem Förderverein Martinschule Bielefeld e. V. und dem Freibad Gadderbaum e. V.. Insgesamt stünden noch 3.217,00 Euro an bezirklichen Sondermitteln zur Verfügung.

Nach kurzer Diskussion über die detaillierten Vorschläge der Fraktionen zur Mittelverwendung fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt den Vereinen

- **Freunde des Botanischen Gartens Bielefeld e. V.: 750,00 Euro**
- **Freibad Gadderbaum e. V.: 1.300,00 Euro**
- **Förderverein Martinschule Bielefeld e. V.: 1.167,00 Euro**

als Zuschuss aus den restlichen bezirklichen Sondermitteln 2011.

-bei 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 14

2014: "800 Jahre Bielefeld" - Projektantrag der Bezirksvertretung Gadderbaum (mündlicher Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe)

Frau Pfaff berichtet über den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppe „800 Jahre Gadderbaum – Das Tor Bielefelds“ und teilt ein entsprechendes Konzeptpapier aus (Anlage II).

Herr Baum führt bezüglich der Planungen an, dass das Kerschensteiner Berufskolleg die im Konzeptpapier vorgestellten Arbeiten nicht leisten könne. Ferner könne er sich nicht vorstellen, wie das Projekt „Gadderbaumer Museumsdorf“ von der Bezirksvertretung getragen werden könne. Hier sei technisches, planerisches und organisatorisches Können sowie Zeiteinsatz und Engagement in einem solchen Maße gefordert, dass die einzelnen Bezirksvertreter dies nicht alleine schultern könnten. Er betont, dass die Idee des „Museumsdorfes“ gut sei, aber er wisse nicht, wie das Projekt in seiner Ganzheit umgesetzt werden könne.

Frau Bacso berichtet von ihren eigenen Erfahrungen mit dem Freilichtmuseum Oerlinghausen, wo vor einigen Jahren ein ähnliches Projekt stattgefunden habe und fügt hinzu, dass der benötigte Aufwand sehr groß sei. Es müsse deutlicher werden, wer welche Aufgaben

übernehmen könne und wie sich der zeitliche Ablauf gestalten sollte.

Frau Paff und Herr Brunnert erwidern daraufhin, dass bisher nur Vorüberlegungen getroffen wurden, die noch konkretisiert werden müssen. Auch das vorliegende Konzeptpapier sei lediglich als „Mind-Map“ zu verstehen.

Frau Schneider schlägt daraufhin vor, dass das „Museumsdorf“ zeitlich zu begrenzen sei. Drei bis vier Wochen vor den Sommerferien in 2014 seien vermutlich ideal.

Herr Heimbeck erinnert daran, dass nicht nur das Hüttendorf geplant sei, sondern auch die Beschilderung Gadderbaumer Besonderheiten („Erinnerungspunkte“ bzw. –„steine“). Auch hier müssten Sachkundige mit eingebunden werden.

Herr Kögler schlägt abschließend vor, dass ab Januar 2012 die Arbeitsgruppe „800 Jahre Gadderbaum – Das Tor Bielefelds“ in regelmäßigen Abständen tagen solle, um die vorgebrachten Anregungen weiter zu entwickeln und um die Planungen zu konkretisieren. Die Bezirksvertretung werde über den aktuellen Sachstand dann laufend informiert.

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen vor.

-.-.-

